

# Rundschreiben

Vorstand  
Landesverbände  
IG Fernbus  
Alle Ausschüsse



2020-23-22/AL, CW

**2020-151 Der bdo rät aus Sachgründen aktuell von der Teilnahme an einer Demonstration in Berlin ab.**

***Dem aktuell kursierenden Aufruf zur Teilnahme an einer Demonstration der Veranstaltungs- und Tourismuswirtschaft am 28. Oktober in Berlin sollten Busunternehmen ausdrücklich nicht folgen. Die Durchsetzungskraft der Interessen der Busbranche gegenüber Politik und Öffentlichkeit droht durch die Veranstaltung geschwächt zu werden.***

Sehr geehrte Damen und Herren,

aktuell rufen einige Verbände der Veranstaltungs- und Tourismuswirtschaft zu einer Großdemonstration am 28. Oktober 2020 in Berlin auf. Der Appell wurde dabei auch explizit an Busunternehmen gerichtet. Dieses Vorgehen ist aus Sicht von Gastronomie, Hotellerie, Reisebüros und Event-Branche natürlich nachvollziehbar, da Busse bei Demonstrationen mit ihrer großen Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit einen wichtigen strategischen Vorteil mitbringen. Auch wenn die Lage der Busbranche weiterhin dramatisch ist und der Kampf für zusätzliche Hilfsmaßnahmen mit voller Kraft weiterläuft, möchten wir Busunternehmerinnen und Busunternehmern in der jetzigen Situation aus einer Reihe von sachlichen Gründen dringend von einer Beteiligung abraten.

Das aktuelle Infektionsgeschehen in Deutschland ist äußerst besorgniserregend. Politik und Medien rufen vor diesem Hintergrund wiederholt dazu auf, öffentliche Aktivitäten einzuschränken und den Bewegungsradius möglichst klein zu halten. Die Durchführung einer Großveranstaltung in Berlin steht im Widerspruch zu diesen Prämissen.

Es drohen mit einer Demonstration daher Image-Schäden für die Branche. Das Ansehen des Busgewerbes ist aktuell bereits leider partiell gefährdet, wie die Medienberichterstattung über die Rolle von Busunternehmen in der sogenannten Querdenker-Bewegung beispielhaft zeigt. Jede Form von Auftreten, das als nachteilig für den Gesundheitsschutz eingestuft werden könnte, sollte in der jetzigen Lage vermieden werden, um die über Jahrzehnte aufgebaute Reputation unserer Branche zu schützen.

Ein Verzicht auf eine Demonstration ist nicht zuletzt auch wichtig für unser Auftreten gegenüber der Politik. Aktuell laufen die Verhandlungen zu einer Fortsetzung beziehungsweise Ausweitung der Überbrückungshilfen mit dem Bundeswirtschaftsministerium sowie die Gespräche zur Fortführung des Bustouristik-Rettungsprogramms mit dem Bundesverkehrsministerium. Für die Durchsetzung unserer

Interessen in diesen Fragen stellt eine Demonstration aktuell nicht das richtige Mittel dar. Vielmehr gilt es jetzt als lösungsorientierter Gesprächspartner aufzutreten. Diese Rolle wird der bdo weiter einnehmen und Vorschläge im Sinne der privaten Busunternehmen einbringen. Zahlreiche politische Hintergrundgespräche in den letzten Wochen haben gezeigt, dass wir hierbei auf einem guten Weg sind.



Wir möchten in diesem Gesamtkontext auch darauf hinweisen, was Umfragen regelmäßig zu Tage bringen: Der Großteil der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland unterstützt ausdrücklich die Corona-Politik der Bundesregierung und den Kampf gegen die weitere Ausbreitung. Oftmals werden sogar von einer nennenswerten Zahl der Befragten härtere Maßnahmen gewünscht. Mit einem allzu aggressiven Auftreten geht daher auch die Gefahr einher, den Rückhalt in der Bevölkerung sowie bei Medien zu verlieren. Wir möchten exemplarisch dafür auf einen Kommentar in der Süddeutschen Zeitung von heute hinweisen, in der die aktuellen Verdi-Streiks vor dem Hintergrund der Pandemie äußerst kritisch gesehen werden:

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/verdi-streik-oeffentlicher-dienst-1.5088141>

Wie wir im Sommer mehrfach gezeigt haben, können Demonstrationen ein geeignetes Mittel für den Kampf für die Busbranche sein. Es ist jedoch ein Mittel, das nur zum richtigen Zeitpunkt seine Wirkung entfalten kann – und auch nur selten zum Einsatz kommen darf, da sonst ein Abnutzungseffekt in der Öffentlichkeit einsetzt. Die Busunternehmen sollten diese Durchsetzungskraft nur als letztes Mittel einsetzen, wenn es dabei gezielt um die spezifischen Interessen der eigenen Branche geht. Bei der Demonstration am 28. Oktober würden sie aber auf der Straße Druck machen auch für Reisebüros, Restaurants, Musik-Veranstalter oder Hotels. Unsere spezifischen Interessen drohen unterzugehen.

Es gilt zu betonen: Der Einsatz für Hilfsmaßnahmen für die Busbranche seitens des bdo schreitet weiter massiv voran. Aktuell sollte dies aber nicht in Form einer Demonstration auf der Straße passieren.

Wir möchten Sie aus den genannten Gründen aufrufen, Ihren Mitgliedern von einer Teilnahme an der Demonstration am 28. Oktober in Berlin abzusehen. Dies deckt sich mit der Einschätzung des bdo-Vorstands.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen

Bundesverband Deutscher  
Omnibusunternehmer e.V.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Anja Ludwig'.

Anja Ludwig  
Stellv. Hauptgeschäftsführerin

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Christian Wahl'.

Christian Wahl  
Referent Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

